

Prof. Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich, Präsident der Universität Hildesheim
Vorsitzender der Landeshochschulkonferenz Niedersachsen

**Ansprache anlässlich der Unterzeichnung zur Fortschreibung des
Hochschulentwicklungsvertrages, gehalten in Hannover, den 6. Juni 2017**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,
sehr geehrte Frau Wissenschaftsministerin Dr. Heinen-Kljajic,
sehr geehrter Herr stellv. Ministerpräsident Wenzel,
sehr geehrter Herr Finanzminister Schneider,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute geht es vordringlich um Geld, um viel Geld der niedersächsischen Steuerzahler, und es ist gutes Geld für einen guten Zweck. Mit der Verlängerung des Hochschulentwicklungsvertrages sichert die Landesregierung den niedersächsischen Hochschulen in staatlicher Verantwortung Haushaltsmittel bis zum 31. 12. 2021. Das geht über das Jahr der Schuldenbremse und der Rückkehr zum neunten Schuljahr hinaus und bewahrt uns auf diese Weise vor Turbulenzen. Wir erhalten Planungssicherheit und können so – wie die Präambel des Vertrages sagt – unserer Aufgabe als zentraler Impulsgeber für Innovation und Ausbildung im Land nachkommen.

Planungssicherheit ist wichtig, weil Humboldts Vorschlag aus dem Jahr 1810 bis heute unerfüllt blieb und wohl auch in Zukunft nicht erfüllt werden wird. Wilhelm von Humboldt schlug seinem König vor, durch eine Schenkungsurkunde die Berliner Universität mit Domainen auszustatten. Seine Begründung: „Zur Sicherung [der Universität, fri] kann der Staat nichts besseres tun, als ih[r die, fri] Einkünfte in Grundeigentum anzuweisen.“ Wegen des Einspruchs des damaligen Finanzministers wurde der sehr gute Vorschlag nicht umgesetzt, obwohl das Argument schlagend war, denn nur so – erklärte Humboldt - würde die Universität „von den Gesinnungen der jedesmaligen Regierenden“ unabhängig. Immerhin drei Ihrer fünf direkten Vorgänger, Herr Ministerpräsident, beglückten das niedersächsische Hochschulsystem mit Innovationsoffensiven, Pakten und Optimierungskonzepten, rhetorische Kniffe, mit denen Haushaltskürzungen umschrieben wurden, durch die die Schuldenlast des Landes nicht nachhaltig verringert werden konnte, die die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und den Gebäudeerhalt der Hochschulen aber schädigten. Sie, lieber Herr Weil, haben das Gegenteil getan, und dafür sagen wir herzlichen Dank!

Der heute zu unterzeichnende Vertrag bietet mehr als Planungssicherheit, die allein schon Grund genug wäre, sich zu versammeln. Mit der Zusage, Hochschulpaktmittel zu verstetigen, trägt die Landesregierung den gewachsenen Studierendenzahlen Rechnung, obwohl der Bund dringend den schweren Fehler der Föderalismus-Reform I korrigieren müsste. Das deutsche Hochschulsystem braucht eine bessere Grundfinanzierung, und die kann nach Lage der Dinge nur vom Bund kommen. Immer neue Wettbewerbe ersetzen nicht eine bedarfsgerechte, solide Grundfinanzierung. Früher oder später wird diese Praxis des Bundes korrigiert werden müssen. Etwas anders sieht es bei den auf Dauer angelegten Tenure-Track-Professuren aus, deren Zukunft wir heute in Artikel 3 regeln. Hier übernimmt das Land die Verpflichtung zur Verstetigung der Bundesmittel, woran wir zu gegebener Zeit erinnern werden. Von herausragender Bedeutung ist das Infrastrukturpaket in Artikel 4. Die genannten 600 Millionen Euro für die Universitätsklinika sichern deren Arbeitsfähigkeit. Und die weiteren 150 Millionen zum Abbau des Sanierungsstaus bei allen anderen Hochschulen sind ein erster wichtiger Schritt. Mit der gleichermaßen wichtigen Regelung in Absatz 3, wonach gemeinsam mit den Studierenden bis zu 40 Prozent der Studienqualitätsmittel für die Verbesserung der lehrbezogenen Infrastruktur verwendet werden dürfen, also schätzungsweise 50 Millionen Euro jährlich, wird mehreres erreicht: die Lehre an den Hochschulen wird gestärkt, wir machen das in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Studierenden und wir sorgen für einen zügigen Abfluss der Mittel. Zu den weiteren wichtigen Punkten unseres Vertrages will ich aus Zeitgründen nur noch auf zwei hinweisen: Die Marke „MINT in Niedersachsen“ gilt es zu entwickeln, ein Prozess, über dessen Gelingen 2021 berichtet werden wird. Und die Digitalisierungsoffensive der niedersächsischen Hochschulen und des Landes wird in einem Eckpunktepapier definiert. Sie zählt zu den ambitioniertesten und drängendsten Aufgaben der Hochschulpolitik in ganz Deutschland. Die Finanzierung des neuen Digitalisierungsprozesses, so haben wir in den Eckpunkten vereinbart, wird in ihren beiden Teilen Transformation und Infrastruktur gesondert zu verhandeln sein. Heute verpflichten wir uns auch hier auf einen ersten wichtigen Schritt.

Meine Damen und Herren, wir niedersächsische Hochschulen danken der Landesregierung und Ministerpräsident Weil für diesen Vertrag. Wir danken besonders Ihnen, Frau Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajic, der Staatssekretärin Hoops und Ihren Beamten für

das erfolgreiche Aushandeln und Ihnen, Herr Finanzminister Schneider, für das Entgegenkommen. Wir bitten alle Landtagsfraktionen um Zustimmung. Der Vertrag sichert unsere Arbeit bis zum Jahresende 2021. Er ist für uns wertvoll.

Lassen Sie mich abschließen mit einer Anregung. Ich rege nicht an, das Kapitel der Autobahnmaut in Deutschland um die Variante „unter der Regie und zur Ertragsgewinnung durch die Hochschulen“ zu ergänzen, wenngleich die Erfahrungen Harvards mit der durch die damalige Obrigkeit gewährten Fährgeld zum Nachdenken anregen könnten. „The first ferry across the Charles River linked (...) Boston and Charlestown. (...) In 1640, Massachusetts awarded the privilege to operate this ferry to Harvard, to help the struggling and newly founded college financially“. Was für eine Geschichte! An Harvards Anfang stand die Maut. Herr Ministerpräsident, wäre das nicht eine geeignete Vorlage für eine interessante Bundesratsinitiative? - Wohl eher nicht.

Ich möchte zu etwas Ernsterem anregen: Rund 90 Milliarden Euro fließen in Deutschland inzwischen jährlich in Forschung und Entwicklung, zwei Drittel davon innerhalb der Wirtschaft, Tendenz stark steigend. Die steuerliche Forschungsförderung wird deshalb, und weil Wahljahr ist, zurzeit intensiv diskutiert. Zu Recht melden sich die KMUs zu Wort, denn deren Bedarfe und Potenziale müssen stärker in den Blick genommen werden. Gleichzeitig muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Großunternehmen gestärkt werden. Und natürlich denken wir alle aus sehr guten Gründen an den Wirtschaftsstandort Deutschland. Könnte man nicht steuerliche Vorteile für die Forschungsaufwendungen der deutschen Wirtschaft koppeln an Projekte mit deutschen Hochschulen?

Herr Finanzminister Schneider, Sie haben mit Ihrer Zustimmung zu diesem Vertrag mehr Weitblick bewiesen als Ihr preußischer Vorgänger Altenstein. Denn Altenstein zeigte sich von Humboldts Generalbericht an den König vom 23. Mai 1810 nicht genügend beeindruckt, Sie aber wissen um die Richtigkeit von Humboldts Resümee: ...“und immer kehrt alles Geld, was auf [die hiesige Hochschule, fri] verwandt wird, beständig in die Circulation zurück“... Die niedersächsischen Hochschulen danken dem Land und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!